Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Frühlingsausgabe 2021

ESSENER MORGEN

solidarisch – parteilich – links

Coronaversagen
Impfchaos & unzureichende Hilfen **Seite 2**

Jetzt wird's teuer?
Verkehrswende über den Geldbeutel **Seite 3**

Mein Körper, meine Entscheidung!
Informationen & Entscheidungen **Seite 4**

Rassismus in Deutschland
Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz **Seite 5**

Bedingungsloses Grundeinkommen
Jörg Reiners über Freiheit und Faulheit **Seite 6**

Bedingungsloses Grundeinkommen
Nils Böhlke und Ulrike Eiffler über Verteilungskämpfe und Kombilöhne **Seite 7**

Hochhaus - aber kein Plan!
Die Menschen haben das Recht, ihre Stadt selbst zu gestalten **Seite 8**

Sport in Essen
Taschenspielertricks beim Wirtschaftsplan **Seite 9**

Neues aus dem Rat
Ein Überblick der letzten Sitzung **Seite 10**

Versammlungsverhinderungsgesetz
Wie Armin Laschet die Demokratie aushebelt **Seite 11**

Rosa Luxemburgs 150. Geburtstag
Auszug aus ihrer Schrift "Frauenwahlrecht und Klassenkampf" **Seite 12**

Foto: bones64 / Pixabay

Bitte umsteigen!

Geschlechtergerechte Verkehrspolitik

Frauen sind anders unterwegs als Männer, ihr „Mobilitätsverhalten" folgt anderen Zwängen. Sie legen im Alltag kürzere Wege zurück als Männer, sind aber ähnlich lange unterwegs. Das liegt vor allem daran, dass Verkehrs- und Mobilitätspolitik sehr männlich ist, sich also an den Bedarfen (und auch Vorlieben) von Männern orientiert.

Frauen haben weniger Autos als Männer. Frauen sind öfter mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs und müssen (deshalb) öfter Umwege in Kauf nehmen. Da es noch immer häufig Frauen sind, die sich um die Familie, also die Eltern, die Großeltern und natürlich auch die Kinder kümmern, sind sie deutlich häufiger auf barrierefreie Zugänge angewiesen und warten also z.B. am viel zu kleinen Aufzug, um mit dem Kinderwagen zur U-Bahn zu kommen (und auch wieder raus).

Frauen sind öfter unterwegs als Männer und haben dabei unterschiedlichere Dinge zu erledigen. Männer setzen sich in das Auto, um zu ihrem Vollzeitarbeitsplatz zu kommen (gönnen wir ihnen dieses Glück, das neun von zehn erwerbstätige Männer noch haben). Frauen organisieren ihren Alltag rund um Teilzeitjob (womit jede zweite erwerbstätige Frau klar kommen muss) und „Sorgearbeit" ohne Auto und sind dabei konfrontiert mit einer Verkehrspolitik, die all das gar nicht so genau weiß, weil es kaum Daten und Zahlen dazu gibt. Es gibt offensichtlich kein „öffentliches Interesse", darüber mehr zu wissen.

Der ökologisch und sozial orientierte Verkehrsclub Deutschland (VCD), gewissermaßen das Gegenstück zum ADAC, fordert deshalb eine Verkehrsministerin!

Okay, wahrscheinlich würde die Besetzung dieses seit Jahren in männlich-bayerischer Hand sich befindende Amt (Wikipedia nennt 40 Verkehrsminister seit 1919, sämtlich Männer, seit 2009 immer von der CSU) mit einer Frau nicht alle Probleme lösen. Aber es könnte den Blick öffnen für die andere Mobilität, die doch für die Mehrheit der Menschen in Deutschland normal ist. Sie verdient unsere Aufmerksamkeit. Der Weg aus der autozentrierten Verkehrspolitik könnte leichter überwunden werden, eine Mobilitätspolitik, die die Bedürfnisse aller Menschen in den Blick nimmt, leichter umgesetzt werden.

Im aktuellen VCD-Magazin „fairkehr" (1/2021) heißt es dazu: „Das Mobilitätssystem von Städten ist für die komplexen Frauenwege oft ungenügend aufgestellt: Enge Gehsteige, weite Entfernungen zwischen Haltestellen und lange Wartezeiten beim Umstieg von einem Verkehrsmittel aufs andere machen sie anstrengend und zeitraubend" (S. 16).

Wir haben uns mit diesem Beitrag zum 8. März mit einem großen Ziel auseinandergesetzt, das sonst fälschlicherweise als kleines wahrgenommen wird – wenn überhaupt. Die Gesellschaft ist durchsetzt mit solchen Beispielen, die darauf warten wahrgenommen und geändert zu werden. Fangen wir damit an!

*Geschrieben von der **Redaktion**.*

8. März 1911

Die Sozialistin Clara Zetkin hatte 1910 die Forderung nach einem internationalen Frauentag auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen erhoben. Damals war das wichtigste Ziel Aufmerksamkeit für das fehlende Frauenwahlrecht zu bekommen.

Der erste internationale Frauentag in Europa fand am 8. März 1911 statt. Damals beteiligten sich Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und die Schweiz. Das Frauenwahlrecht gibt es in Deutschland zwar schon seit 1918, aber die Gleichstellung zwischen Mann und Frau ist auch heute noch nicht erreicht.

Daher: Am 8. März auf die Straße - Für Gleichheit an jedem Tag!

Impfchaos mit Ansage

Impfen kann nur, wer Impfstoffe hat

Noch immer hat uns die COVID-19 Pandemie fest im Griff. Seit fast einem Jahr leben wir mit teils erheblichen Einschränkungen im privaten und öffentlichen Leben, um das Virus soweit wie möglich einzudämmen. Die Bilanz dessen sieht allerdings dürftig aus: Seit Beginn der Pandemie sind dem Virus in Deutschland bereits über 70.000 Menschen zum Opfer gefallen und fast 2,5 Millionen Menschen waren oder sind nachweislich infiziert.

Schon sehr früh wurden alle Hoffnungen in die Entwicklung geeigneter Impfstoffe gesteckt, fast so als wäre es damit getan. Noch Anfang des Jahres wurde von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zugesagt, bis Juni allen Impfwilligen in Deutschland ein Impfangebot machen zu wollen. Woher die hierfür nötigen Impfdosen allerdings kommen sollen, wurde bei diesem Versprechen offenkundig nicht bedacht. Die Folge ist das zu beobachtende Impfchaos in der ganzen Republik und insbesondere auch in NRW. Und auch in Essen läuft die Impfkampagne schleppend: Gerade einmal 28% der über Sechzigjährigen sind in Essen bereits geimpft. Es fehlt an Impfzentren, medizinischem Personal und besonders am Impfstoff selbst.

Der Engpass bei der Versorgung mit Impfstoffen ist den fehlenden Produktionskapazitäten der Produzenten (in Deutschland vorrangig die Firmen Biontech/Pfizer und Moderna) geschuldet. Wer herstellen darf, entscheiden die Besitzer des Patents. Firmen, die also technisch zur Herstellung der Vakzine in der Lage wären, dürfen dies nicht. Die Essener Ratsfrau Theresa Brücker (DIE LINKE) fasst die Lage folgendermaßen zusammen: „Die meisten Impfzentren sind noch immer weit entfernt davon, voll ausgelastet zu sein. Das liegt am Impfstoff, der ja bekanntermaßen nicht ausreichend verfügbar ist. Wenn die Patente freigegeben werden, können auch andere Unternehmen in die Produktion miteinsteigen. Dem Ende der Pandemie kämen wir so schon deutlich näher."

Noch ist dieses Ende in weiter Ferne und wird es vermutlich auch bleiben, falls die Vakzine nicht in ausreichend großen Mengen hergestellt werden. Die Legitimation für die jetzige Herstellungspraxis bleibt indes zweifelhaft. „Wenn Forschung für Impfstoffe richtigerweise mit öffentlichen Geldern finanziert wird", so Brücker weiter,

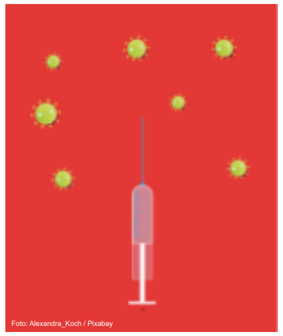


Foto: Alexandra_Koch / Pixabay

„dürfen die Profite, die aus den Ergebnissen erwirtschaftet werden, nicht einfach bei diesen Unternehmen bleiben".

Wie sich die Situation in den nächsten Monaten entwickelt, bleibt abzuwarten. Fest steht jedoch: Es muss schnell gehandelt werden, bevor sich die Lage weiter zuspitzt.

Jannis Shadou ist Student & aktiv bei DIE LINKE. Essen

Foto: Miroslava Chrienova / Pixabay

Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite
www.essener-morgen.de

Coronaschicksale

Zeit für einen Neuanfang in Essen!

Vor einem Jahr, am 1. März 2020, trat in Essen der erste Corona-Fall auf. Seitdem ist viel passiert. Zeit, um einen Blick zurück zu werfen.

In Essen sind seit dem Ausbruch der Pandemie mehr als 16.000 Menschen am Coronavirus erkrankt, die aktuelle Inzidenz ist weiterhin zu hoch, und das obwohl wir immer noch unter weitreichenden Einschränkungen im öffentlichen Leben zu leiden haben. Zeitgleich wird seit dem 8. Februar im neu eingerichteten Impfzentrum in der Messe Essen endlich geimpft.

Hinter diesen Zahlen stehen auch Schicksale: So hat die Parfümerie-Kette Douglas vor, die Hälfte ihrer Filialen in Essen zu schließen, und zwar die Filialen in der Innenstadt und in Altenessen. Damit verlieren rund 25 Beschäftigte ihren Job. Und dies ist nur eine der zahlreichen negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft, welche die politischen Entscheidungsträger in der Coronakrise zu verantworten haben. Verantwortlich ist an erster Stelle die Bundesregierung, die aktuell auch Solo-Selbstständige und andere kleine Selbstständige im Regen stehen lässt. Immer lauter werden die Beschwerden, dass die Novemberhilfen noch nicht ausgezahlt sind. Das betrifft natürlich auch Betriebe in Essen. Zum Beispiel die Celona Gastro GmbH, die zwei große Restaurants in Borbeck und Steele und ein kleineres Ladenlokal in der Innenstadt betreibt. Die Celona GmbH macht regelmäßig auf Facebook darauf aufmerksam, dass sie die versprochenen Hilfen der Bundesregierung seit Winter letzten Jahres nicht erhalten habe und langsam Sicherheiten brauche. Auch um ihre Beschäftigten weiter halten zu können.

Zu allem Überfluss befindet sich Essen laut einer Studie des Beratungsunternehmens FTI-Andersch bezüglich des Erholungspotenzials nach der Krise auf Platz 43 von 52 Städten. Nicht, dass ein neoliberales Unternehmen vorgeben sollte, wie Stadtpolitik gestaltet werden müsste. Dennoch unterstreicht das die Befürchtung, dass die Stadt Essen, und vor allem ihre Einwohner:innen, noch schlechter dastehen als zuvor.

Die Stadt sollte sich deshalb von ihrer übertriebenen kommunalen Sparpolitik verabschieden, einen Altschuldenfonds voranbringen und in die öffentliche Infrastruktur investieren – zum Beispiel in eine Neugestaltung der Essener Innenstadt, die zum Verweilen einlädt – egal wie groß das Budget ist! Nur so können wir die Schäden der Pandemie für die Mehrheit der Menschen abmildern und die Ungleichheit in der Essener Stadtgesellschaft nicht noch weiter vorantreiben.

Lea Guse ist Sozialarbeiterin & im Kreissprecherin für DIE LINKE. Essen

Jetzt wird's teuer?

Verkehrswende über den Geldbeutel

Im letzten Jahr wurde das Verkehrsrecht auf Bundesebene geändert; die Kosten des Parkens im öffentlichen Raum könnten steigen. Neuerdings dürfen die Länder bzw. die Kommunen über den Preis von „Bewohnerparkausweisen" entscheiden.

Wo Bewohnerparkzonen eingerichtet sind, werden in Essen aktuell je Auto 30,- Euro im Jahr fällig. Sollte sich die Stadt entscheiden, die neu geschaffene Möglichkeit zu nutzen, könnte daraus ein erheblicher Impuls hin zu höheren Parkgebühren entstehen.

> „Ökologisch sinnvolles Verhalten als kostspieliger Lifestyle für Wohlhabende"

Was wollen wir? Einerseits haben wir uns längst eindeutig positioniert – für die Verkehrswende! Die kann aber nur funktionieren, wenn wir uns ehrlich machen: Sie bedeutet schlicht ein Ende der Privilegien, die das Auto genießt. Andererseits sind wir strikt gegen jede Politik über den Geldbeutel. Wir lehnen es ab, einer Sache einfach nur einen Preis zu verpassen und daran zu glauben, dass damit ein wirksamer Impuls gesetzt wird, die gewünschten Änderungen zu erzielen. Wer es sich leisten kann, ist fein raus, alle anderen müssen sehen, wo sie bleiben. Diese Form der Politik lehnen wir ab, weil sie sozial blind ist und ökologisch sinnvolles Verhalten zu einem kostspieligen Lifestyle für Wohlhabende macht.

Aber wir kommen nicht umhin, deutlich zu sagen, dass wir die Fortsetzung einer Politik, die den PKW zur heiligen Kuh macht, für falsch halten. Die gesellschaftlichen Kosten des PKW sind so hoch, dass wir diese Politik beenden müssen. Der größere Teil der entstehenden Kosten wird erstens nicht von den Autofahrer:innen und Autohalter:innen bezahlt, sondern aus dem allgemeinen Steuer- und Sozialhaushalt, also von allen Menschen, unabhängig davon, ob sie ein Auto haben oder fahren oder eben nicht. Und zweitens sind die Kosten gerade für die Menschen am höchsten, die kein Auto haben oder jedenfalls kein großes. Das System ist also steuerlich, finanziell, ökologisch und nicht zuletzt sozial zutiefst ungerecht und begünstigt fortwährend die sowieso Begünstigten.

Wir wollen den Umweltverbund massiv stärken, also Busse und Bahnen viel attraktiver und vor allem erschwinglicher machen – die Kosten für die Nutzung des ÖPNV sind in den vergangenen Jahren sehr viel stärker gestiegen als für PKW, so dass ganz falsche Signale gesendet wurden. Zum Umweltverbund gehören auch Fuß- und Radverkehre. Der Radverkehr genießt seit einiger Zeit die Aufmerksamkeit, die er verdient und wir sind froh, dass endlich Geld in die notwendige Infrastruktur gesteckt wird. Der Fußverkehr gerät dabei aber immer mehr aus dem Blick. Die Corona-Krise hat vor allem zu einer massiven Verschlechterung des ÖPNV geführt und noch mehr Menschen dazu bewegt, sich ein Auto anzuschaffen. Die Zahl der zugelassenen PKW klettert daher von Rekord zu Rekord.

> „Wien zeigt: die Stadt gehört den Menschen, nicht den Autos - die Mehrheit findet das gut."

Die im öffentlichen Raum abgestellten Autos nehmen dann vor allem den Fußgänger:innen den Platz weg.

Deshalb sagen wir: Politik muss deutlich kommunizieren, wohin die Reise geht – nämlich hin zum Umweltverbund und weg vom Auto. Der Umweltverbund muss viel besser werden. Und dann darf das Auto auch teurer werden. Die Bereitstellungskosten eines Stellplatzes am Straßenrand dürften bei 220,- Euro im Jahr liegen. Die in Essen damit zu realisierenden Mehreinnahmen von 190,- Euro pro Jahr und PKW sollten zweckgebunden in die zusätzliche Finanzierung des Umweltverbundes fließen.

Praktisch heißt das, dass alle Quartiere, in denen der Platz knapp ist, bewirtschaftet werden. Bewohnerparkausweise für die, die dort wohnen, und teure Kurzzeitparkmöglichkeiten für alle anderen. Selbstverständlich muss das dann auch konsequent geprüft werden. Hinzukommt die konsequente Ahndung von ordnungswidrigem Halten und Parken. Zugleich erfolgt die Reduzierung von insgesamt angebotenen und bereitgehaltenen Stellplätzen. Die frei werdenden Flächen werden für alle anderen Zwecke des urbanen Lebens umgenutzt: geschützte Fahrradabstellflächen, Grünflächen, breitere und bessere Gehwege, geschützte Spiel- und Bewegungsflächen für kleine und große Kinder, Begegnungszonen für die Menschen ohne Konsumzwang, Außengastronomie und nicht zuletzt mehr Platz für Busse und Bahnen.

Wer jetzt Schnappatmung kriegt, dem sei gesagt, dass es eine Stadt gibt, die genau diesen Weg gegangen ist. Wien, die Stadt, die regelmäßig zur attraktivsten und zur lebenswertesten Stadt überhaupt gekürt wird, hatte den Mut zu sagen: Unsere Stadt gehört den Menschen, die hier leben und arbeiten, den Menschen, die uns besuchen und eine gute Zeit mit uns haben, nicht den Autos, die uns den Platz wegnehmen. Heute gibt es eine übergroße Mehrheit, die das gut findet ... und sogar Einzelhandel und Gastronomie profitieren. Mission impossible? Keineswegs! Mission accomplished!

Stefan Hochstadt ist für DIE LINKE im Ausschuss für Verkehr und Mobilität

Foto: Köln Ehrenfeld / DIE LINKE. NRW

Mein Körper, meine Entscheidung

Aber auf welcher Informationsgrundlage treffen wir Entscheidungen?

Seit langem tobt die Debatte um Schwangerschaftsabbrüche. In Deutschland dabei auch im Fokus: Der Paragraf 219a des Strafgesetzbuchs. Er enthält das so genannte Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche. Das klingt erst einmal recht unverfänglich. Natürlich sollte für Schwangerschaftsabbrüche nicht geworben werden.

Doch tatsächlich betrifft dieser Paragraf nicht nur offensichtliche Werbung. Die Gießener Ärztin Kristina Hänel stellte auf ihrer Webseite Informationen zur Verfügung, wie ein Schwangerschaftsabbruch in ihrer Praxis abläuft. Dafür wurde sie nun im Januar schlussendlich zu einer Geldstrafe verurteilt und musste die Informationen von ihrer Webseite nehmen. Bei ihrer „Werbung“ handelte es sich aber keineswegs um ein besonders lockendes 2-für-1-Angebot oder einen gratis Bademantel ab der dritten Abtreibung. Vielmehr beinhaltet das kleine Dokument Aufklärung über Ablauf, Methoden, Nebenwirkungen und Komplikationen eines Schwangerschaftsabbruchs. Auch eine Beratung über zukünftige Verhütungsmethoden wird empfohlen.

Man kann diese Informationen als Werbung einstufen, aber in der Folge ist das auch das unzugänglich Machen von sachlichen Informationen. Während es eine Unmenge von „Lebensschützer“-Seiten gibt, die teils mit Übertreibungen und gezielter Falschinformation Schuldgefühle bei ungewollt Schwangeren erzeugen wollen, werden Ärzt:innen mit fachlicher Kompetenz strafrechtlich verfolgt, weil sie nicht anderes tun als öffentlich aufzuklären.

Körperliche Selbstbestimmung ist unvollständig und eingeschränkt, wenn Informationen vorenthalten werden. Im Übrigen sind Fakten zu Schwangerschaftsabbrüchen nicht nur für ungewollte Schwangere wichtig, sondern auch im Rahmen allgemeiner sexueller Aufklärung. Eine zugängliche und vollumfängliche Aufklärung ist immer noch das beste Mittel, um ungewollte Schwangerschaften oder auch Infektionen mit sexuell übertragbaren Krankheiten zu verhindern.

Weil wir uns als Linke der Kritik an Paragraf 291a StGB anschließen, haben wir die Informationen von Kristina Hänels Webseite ebenfalls veröffentlicht.

Theresa Brücker ist Feministin & studiert Soziologie.

Ein Jahr nach Hanau

Auch ein Jahr nach dem 19. Februar 2020 bleibt es unbegreiflich, was in dieser Nacht in Hanau geschah. Ein Rassist ermordete Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin bevor er seine Mutter und sich selbst erschoss.

Es handelt sich um einen der schwersten rassistischen Terroranschläge in der Geschichte der Bundesrepublik. Auch ein Jahr danach sind wir tief betroffen und trauern um die Opfer. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite ihrer Familien und Freunde.

Hanau war kein Einzelfall!

Der tief in der Gesellschaft verwurzelte Rassismus, die rechte Hetze der AfD und von Teilen der CDU, haben den Boden bereitet für diese Tat.

In den Behörden und Sicherheitsapparaten werden Woche für Woche extrem rechte Chatgruppen und Strukturen aufgedeckt. Der „NSU 2.0“ ist weiterhin eine ernst zu nehmende Gefahr, wie die Bombendrohung gegenüber der Walter-Lübcke-Schule in Wolfhagen, einen Tag nach der Urteilsverkündung gegen den Lübcke-Mörder, Stefan Ernst, gezeigt hat.

Aufklärung tut Not

Die Hessische Landesregierung muss endlich die drängenden Fragen der Angehörigen beantworten.

1. Warum konnte der Täter legal Waffen besitzen und sie für sein Attentat verwenden, obwohl er seit 2002 immer wieder mit psychischen Wahnvorstellungen und straffällig in Erscheinung getreten ist?

2. Warum funktionierte in der Tatnacht das polizeiliche Notrufsystem nicht richtig, verbunden mit der Frage, ob einige der Opfer noch leben könnten, wenn die Notrufe durchgekommen wären?

3. Welche Rolle spielte der Vater des Attentäters vor und in der Tatnacht? Warum wurde er nie als Beschuldigter geführt und wird gegen ihn wegen Volksverhetzung oder Beleidigung des Andenkens an Verstorbene ermittelt?

4. Warum war der Notausgang in der Arena-Bar verriegelt und wann werden hierzu Ermittlungen eingeleitet?

All das muss endlich – ein Jahr nach dem Terroranschlag in Hanau – umfassend aufgeklärt werden.

Wir erinnern an:

Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin.

Erinnern bedeutet für uns, Rassismus im Alltag und in den Strukturen der Gesellschaft, den Behörden und Institutionen zu benennen. Erinnern heißt für uns, jeder Form des Rassismus und der Ausgrenzung entgegenzutreten.

Der Beitrag erschien zuerst auf www.die-linke.de

Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz

Was wurde eigentlich aus…

... der Rassismusdebatte der vergangenen Jahre? Nach den Anschlägen von Hanau und Halle, dem rechtsextremen Chatroom der Polizei, NSU 2.0 Drohschreiben, deren Opferadressen von Polizeicomputern zuvor abgerufen wurden und dem Mord an George Floyd durch Polizisten, wurde auch in Deutschland der Ruf nach Gerechtigkeit laut. Allem Anschein nach verstummte diese Debatte aber im Grundrauschen der Corona-Berichterstattung.

Am 25.11.2020 gab es Neuigkeiten seitens der Bundesregierung. Es wurde ein Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus veröffentlicht: eine Auflistung von 89 Maßnahmen, die im Laufe der kommenden vier Jahre umgesetzt werden sollen. Der Katalog ist ressortübergreifend und es wurde eine Mrd. Euro für vier Jahre versprochen.

> “ Es ist notwendig, Rassismusbekämpfung und -präventation als Aufgaben unserer Gesellschaft zu sehen.

Wer sich mit dem Katalog befasst, stellt jedoch fest, dass er ein buntes Sammelsurium aus teilweise erfolgversprechenden Ansätzen, Symptombekämpfung auf Gesetzesebene und vereinzelten kleinen Projekten ist. Die Listung der Maßnahmen folgt keiner bestimmten Sachlogik oder Hierarchie und auch die Ressortzuordnung wirkt stellenweise unpassend. Das Paket sieht die Einrichtung einer Rassismus-Hotline auf Bundesebene vor. Der dadurch zu erwartende Datenstrom soll für ein sog. „Rassismusbarometer“ ausgewertet werden. Traurig ist, dass der Bekämpfung von Antiziganismus nur wenige Maßnahmen zugesprochen wurden. Eine Ausweitung strafrechtlicher Grundlagen, Demokratieförder-Projekten und Kompetenzbildung im Internet ergänzen den Katalog. Strafrechtlich sollen Regelungsvorschläge zur Strafbarkeit von Hetze im Netz und auch zur Verbesserung des Schutzes von Kommunalpolitiker:innen und zivilgesellschaftlich Engagierten gemacht werden. Das Führen von Feindeslisten soll Strafbestand und das Gleichbehandlungsgesetz soll geändert werden: wer bei der Wohnungssuche Diskriminierung erfährt, soll künftig sechs statt zwei Monate juristisch gegen sie vorgehen können.

Eine erfreuliche, längst überfällige Maßnahme ist die Neuformulierung des Artikels 3 (3) im Grundgesetz. Der Begriff „Rasse“ soll ersetzt werden. „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse (!), ... benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Wobei CDU/CSU sich im Sommer vergangenen Jahres noch gegen die Neuformulierung des Wortes Rasse aussprachen. Man muss sich noch einmal klarmachen, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes mit dem Passus einen Bruch zum Rassenwahn des Dritten Reichs ausdrücken wollten. Sicherlich wird man den Rassismus nicht durch eine sprachliche Regelung aus der Welt schaffen. Aber im Zuge einer Umformulierung des Artikels, die eine entsprechende Bekanntmachung mit sich brächte, wird man wieder und wieder darauf aufmerksam machen können, warum der Rassebegriff wissenschaftlich ungerechtfertigt ist und, auf den Menschen angewandt, nur dazu gut ist, die Gruppe derjenigen zu spalten, die den Reichtum anderer durch (Lohn-)Arbeit schafft.

> “ Der Begriff „Rasse“ soll ersetzt werden.

Weil Rassismus da besonders gefährlich ist, wo er über tödliche Mittel (Waffen, Kontrolle der Kommunikationswege, Schlagkraft) verfügt, muss genau hingesehen werden, wer überhaupt über diese Mittel verfügen darf! In diesem Zusammenhang muss auch darüber diskutiert werden, wie in Deutschland eine unabhängige Stelle zur Untersuchung polizeilichen Rassismus eingerichtet werden kann.

Rassismusbekämpfung und -prävention sollte aber nicht nur ein 89 Maßnahmen langer Katalog bleiben. Es ist notwendig, sie als Aufgaben unserer Gesellschaft zu sehen - insbesondere der Teile, die der Rassismus spaltet. Der Forderung von Bundesfamilienministerin, Franziska Giffey (SPD), ein Demokratiefördergesetz zu entwickeln, das die dauerhafte Finanzierung sichern soll, stimmte der Kabinettausschuss nicht zu. Dieser empfiehlt lediglich eine „Verbesserung der rechtlichen und haushälterischen Rahmenbedingungen“ für eine Förderung des Engagements für Demokratie. Hier sollte die Regierung aber ganz eindeutige Signale senden, z.B. durch die Ernennung eine:r Rassismusbeauftragten, wie ursprünglich geplant war. Böse formuliert, könnte man an dieser Stelle fragen, ob Rassismusbekämpfung überhaupt zu den Staatszwecken gehört, wenn die Mittel so zögerlich bereitgestellt werden oder nur den Charakter eines Notverbands haben, während man für anderes durch kreditzauberische Tricks und Staatsmacht Milliarden wie aus dem Nichts schöpft.

Selbst dafür, dass erstmals ein Ausschuss zu Rassismusbekämpfung in Deutschland zusammenkam, ist der Katalog nur ein sehr bescheidener Anfang und es wird klar, dass jeder Schritt zur Überwindung des Rassismus erkämpft werden muss und uns nichts von oben geschenkt wird. Wir müssen also weiterhin von unten für Solidarität und Teilhabe der Benachteiligten eintreten. Die Stadt Essen mit ihren vielen Communities und interkulturellen Kontakten eignet sich mit Sicherheit für antirassistische Projekte – vielleicht auch mit den Mitteln des Katalogs, falls diese uns je erreichen,.

Josephine Finn ist Mode- und Industriedesignerin, investigativ und unbestechlich

Bedingungsloses Grundeinkommen - *für alle ?!*

Wirklich ein Zankapfel?

Der Partei DIE LINKE steht nach der kommenden Bundestagswahl eine Urabstimmung über die Aufnahme eines auf Grundlage des von der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen ausgearbeiteten Grundeinkommenskonzeptes ins Haus. Eine Unterschriftenkampagne an der Parteibasis hat das möglich gemacht. Endlich muss sich die Partei bekennen!

Parteien sind lebendige, sich stets ändernde Gebilde! Wer diesen Sachverhalt ignoriert oder außer Acht lässt, dem wird es so ergehen, wie Michail Gorbatschow es Erich Honecker prophezeite: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“ Diese Gefahr sehe ich auch auf meine Partei DIE LINKE zukommen. Denn zu viele in ihr glauben, alle anderen seien die Geisterfahrer, nur sie selbst nicht.

Das Grundeinkommen ist der Lackmustest

Ein solcher Lackmustest über die Bestandsfähigkeit der Linken ist die Frage, wie sie zum Grundeinkommen steht. Aber handelt es hierbei wirklich um einen Zankapfel? Oder dient dieses Thema mehr ideologischen Grabenkämpfen und der krampfhaften Bewahrung eines längst in die Erosion geratenen Weltbildes? Die innerparteilichen Gegner:innen beschwören sogar die Spaltung der Partei, sollte die Urabstimmung sich für die Neuausrichtung hin zu einer grundeinkommensbasierten Gesellschaft aussprechen. Na und? Klärungsprozesse gehören zur Genese von Parteien dazu.

Ein Paradigmenwechsel ist notwendig

Ich halte eine Neuausrichtung der Partei DIE LINKE für dringend geboten und überfällig. Wir leben bereits jetzt nicht mehr in einer Gesellschaft, wie sie Marx und Konsorten gegen Ende des vorletzten Jahrhunderts noch beschreiben konnten. In der Zukunft wiedergeboren würde Marx seine Schriften von Grund auf überarbeiten und an die neue Zeit anpassen. Globalisierung, Digitalisierung, Ökologie, Turbokapitalismus sind Herausforderungen, denen man mit schlichten Schwarz-Weiß-Denkmustern, wie es das Denken in Klassengesellschaftsstrukturen auch ist, nicht mehr begegnen sollte.

Das Individuum ist Träger der Moderne

Das Individuum ist der Träger der Moderne, so Adorno. Wir wären gut beraten, uns des Menschen an sich politisch mehr anzunehmen und Menschen nicht auf die ihnen aufgenötigte Rolle als auszubeutende Masse bzw. “homo oeconomicus“ zu reduzieren. Projekte wie Solidarität, Klassenbewusstsein, Aufklärung können nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn der einzelne Mensch sich nicht länger hauptsächlich im Existenzkampf verlieren muss.

Eine Linke, die glaubt, dass ihre Politik nur in einer von Existenzangst getriebenen Gesellschaft von Erfolg gekrönt sein würde, die ein revolutionäres Potenzial nur bei drangsalierten Menschen sieht, hat es nicht verdient, Teil der Zukunft zu sein!

> “ In der Zukunft wiedergeboren würde Marx seine Schriften von Grund auf überarbeiten.

Eine Linke, die jeden Menschen in den Mittelpunkt ihres politischen Tuns stellt, die sich der Hoffnungen aller Menschen annimmt, hat hingegen eine tragfähige Grundlage, auch in Zukunft die Gesellschaft mitzugestalten. Eine Linke, die begreift, dass der Mensch mehr ist als eine Arbeitskraft, wird sich der Hirne und Herzen der Menschen sicher sein können. Eine Linke, die wieder auf dem Weg ins Marxsche „Reich der Freiheit“ sein will und Lafargues „Recht auf Faulheit“ wieder schätzen lernt, hat das Rüstzeug zurückerlangt, die politische Avantgarde der Zukunft zu sein.

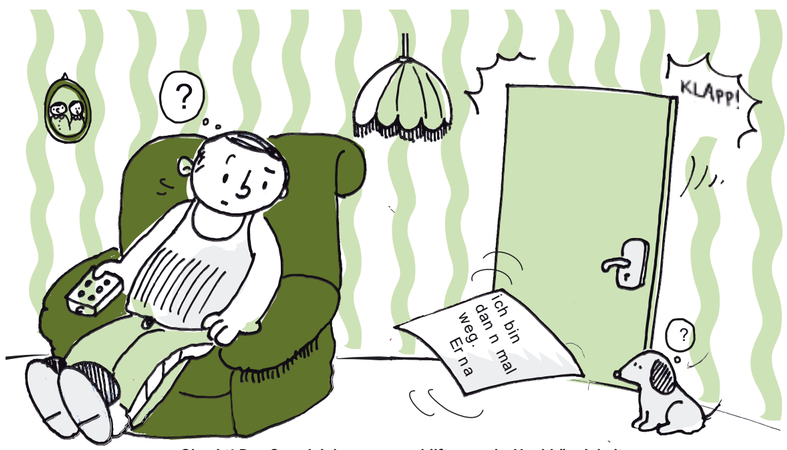
Das Grundeinkommen ist links!

Das Grundeinkommen, wie es die Genoss:innen der BAG Grundeinkommen minutiös ausgearbeitet haben, unterscheidet sich deutlich von herkömmlichen Modellen, denn es ist links.

Melina Klaus, stellvertretende Sprecherin der KPÖ und diesjähriges Ehrenmitglied der BAG Grundeinkommen, kann jedenfalls nicht verstehen, warum sich die deutsche Linke so schwer tut, sich an die Seite der Menschen zu stellen und sich lieber in Grabenkämpfe verzettelt. Kein Wunder, dass die Gegner:innen dieses Paradigmenwechsels gebetsmühlenartig den erforderlichen Schritt in die Zukunft mit allerlei Nebelkerzen zu diskreditieren bemüht sind. So wird ob des so genannten Nettoeffektes kein einziger Millionär vom linken Grundeinkommen profitieren; so wird es zu keinem Lohndumping kommen, da das linke Grundeinkommen von einem erhöhten Mindestlohn begleitet wird; und wenn linke Politiker:innen behaupten, die Existenzsicherung der Menschen sei nicht finanzierbar, ist das eine Bankrotterklärung und ein Aufzeigen, dass jedwede linke Politik schon im Vorfeld zum Scheitern verurteilt ist.

Erst das linke Grundeinkommen wird die Menschen in die Lage versetzen, sich linken Politikkonzepten zuwenden zu können! Um eigene Wege beschreiten zu können, benötigt es die Souveränität über die eigene Zeit.

Machen wir uns mit dem linken Grundeinkommen zukunftsfest!



Obacht! Das Grundeinkommen verhilft zu mehr Unabhängigkeit

Jörg Reiners *enggagiert sich seit Jahren in vielen Netzwerken für das emanzipatorische Grundeinkommen*

Weitere Infos auf:
www.grundeinkommen.de

Keine gute Idee!

Das so genannte bedingungslose Grundeinkommen (BGE) wirkt zunächst einmal faszinierend einfach und überzeugend für alle, die sich nicht damit abfinden möchten, dass Menschen im Kapitalismus zu Erwerbsarbeit gezwungen sind. Gerade in der jetzigen Pandemiesituation müsse das doch zumindest kurzfristig möglich sein, so die Überzeugung der Anhänger des BGE.

Die aktuellen Krisenerfahrungen sind radikal. Die Antworten darauf müssen ebenfalls radikal sein. Umso verständlicher, dass Menschen Anhänger dieser scheinbar radikalen Idee werden. Viele machen die Erfahrung, dass sie vom Jobcenter gegängelt werden und sich von einem schlecht bezahlten Job mit miesen Arbeitsbedingungen zum nächsten hangeln. Wir halten die Forderung nach einem BGE allerdings für keine Lösung für die genannten Probleme und meinen, dass sie strategisch in die Irre führt.

Charakter

Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle ist nicht gerecht. Die große Ungerechtigkeit des BGE liegt in seiner Bedingungslosigkeit. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Familien Albrecht die gleiche Unterstützung erhalten soll, wie die vielen Kassier:innen in den ALDI-Filialen. Alle Menschen gleich zu behandeln, unabhängig von ihrer jeweiligen persönlichen Situation, ist nicht gerecht. Linke Sozialpolitik sollte diejenigen unterstützen, die es dringend benötigen. Deshalb muss Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Geholfen werden muss denen, die es brauchen. Nun wird die Bedingungslosigkeit damit begründet, dass dadurch die Repression einer Bedürftigkeitsprüfung umgangen und der Familie Albrecht das BGE mit der Einkommensteuer wieder abgezogen wird. Aber erstens ist die Forderung nach der Abschaffung des Repressionssystems ohnehin Konsens in der Linken – dafür braucht es kein BGE – und zweitens ist es auch widersprüchlich, erst ein Ende der Überprüfung der Einkommensverhältnisse zu fordern und dann über die Einkommensteuer einer solchen doch zuzustimmen. Und wenn ohnehin eine Überprüfung stattfindet, ist nicht nachvollziehbar, weshalb diese nicht bereits im Vorwege stattfindet und dafür sorgt, dass eine repressionsfreie, existenzsichernde Mindestsicherung lediglich an alle ausgezahlt wird, die es auch wirklich brauchen.

> “ Gesellschaftliche Umverteilung tritt nicht einfach ein, weil man es durchrechnet programmatisch beschließt.

Anstatt mit einem Grundeinkommen alle gleich zu behandeln und so zu tun, als sei das sozial gerecht, sollte die Auseinandersetzung um den Ausbau des Sozialstaates im Bündnis mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kirchen offensiv geführt werden.

Auswirkungen

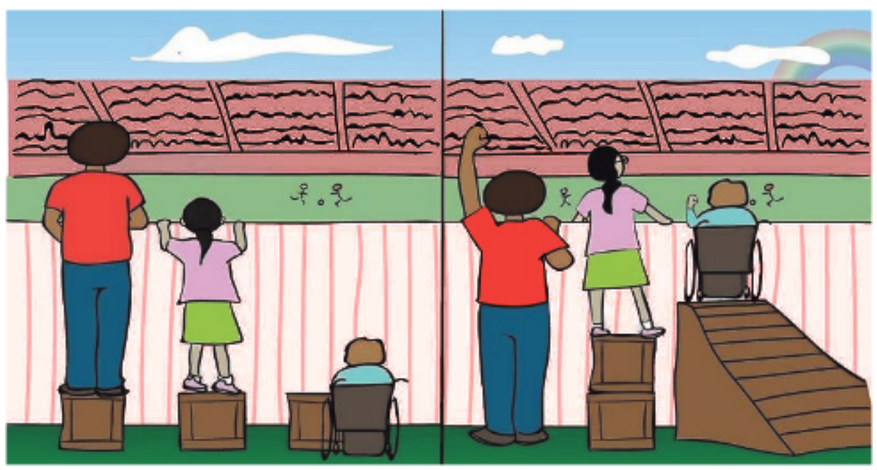
Ein Grundeinkommen würde die Beschäftigten nicht stärken, sondern schwächen. Lohnpolitik ist ein Kräfteverhältnis. Ein existenzsicherndes Grundeinkommen würde die Arbeitgeber von der Verantwortung entbinden, existenzsichernde Löhne zu zahlen. Es würde wie ein Kombilohn wirken und den Niedriglohnsektor ausweiten. Bislang müssen sich Unternehmen bei Lohnzahlungen nämlich an der Höhe der Reproduktionskosten orientieren. Wenn der Staat aber sicherstellt, dass die Menschen durch ein BGE ausreichend Einkommen für Wohnraum, Essen und Kleidung haben, muss der Lohn nicht mehr existenzsichernd sein. Arbeit bekäme den Charakter eines Zuverdienstes. Hinzu kommt: Neoliberale Befürworter des BGE sehen dieses als Rammbock, um den Sozialstaat zu zertrümmern. DIE LINKE muss dieser Diskussion mit klaren Positionen entgegentreten, statt im Windschatten neoliberaler Diskurse von einer linken Variante zu träumen.

Strategische Orientierung

Für ein existenzsicherndes Grundeinkommen müssten jährlich etwa 1.000 Milliarden Euro mehr mobilisiert werden. Selbstverständlich wollen wir den unerhörten Reichtum der Millionäre und Milliardäre gerecht verteilen, aber gesellschaftliche Umverteilung tritt nicht einfach ein, nur weil man es finanziell durchrechnet und programmatisch beschließt. Umverteilung ist vielmehr das Ergebnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Die Quelle der Macht der Reichen und Superreichen ist die tägliche Enteignung von Millionen Menschen in den Betrieben. Ihnen wird ein Teil dessen vorenthalten, was sie täglich erarbeiten und in die Taschen der Millionäre umgeleitet. Wer an dieser Quelle der Spaltung in Kapital und Arbeit nicht ansetzt, wird die bestehenden Ungerechtigkeiten nicht überwinden. Der mühevolle Kampf um kleine Entgeltsteigerungen zeigt, wie wenig Interesse Reiche und Superreiche an Umverteilung haben. Es braucht emanzipatorische Kämpfe, um Veränderung durchsetzen. Dazu zählen die Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung, eine höhere Personalbemessung in Krankenhäusern, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit oder die Abschaffung von Hartz IV - all das stärkt die Beschäftigten im Betrieb und kann die Kräfteverhältnisse für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen verschieben.

DIE LINKE darf sich deshalb nicht an programmatische Forderungen klammern, die an den realen Kämpfen in den Betrieben vorbeigehen. Vielmehr muss sie sich um betriebliche Verankerung bemühen und die Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen leidenschaftlich unterstützen!

Ulrike Eifler *ist Referentin für internationale Gewerkschaftsarbeit bei der Rosa-Luxmburg-Stiftung &*
Nils Böhlke *ist Gewerkschaftssekretär bei ver.di*



Ein Hochhaus für Essen - aber kein Plan!

Offene Debatte statt Hinterzimmerpolitik

Und wieder beglückt ein privater Investor die Stadt. Ein neues Hochhaus soll die Skyline bereichern. Nicht irgendein Hochhaus, nein, das höchste in Essen und das höchste Wohnhochhaus in NRW. Ein schlanker Turm in klassischer Rasterung wird da aufs Papier gemalt. Sogar zwei mögliche Standorte am Rand der City hat der Investor schon vorgeguckt.

Selbstverständlich weiß der Investor „maßgebliche“ bzw. „namhafte“ Vertreter:innen von Verwaltung und Politik auf seiner Seite. Selbstverständlich gab es da also womöglich schon Gespräche in bester Hinterzimmertradition, ohne dass die Stadtgesellschaft oder gar irgendwelche Gremien beteiligt gewesen wären. So geht Politik, so geht Bürger:innen-Beteiligung in Essen im 21. Jahrhundert.

Essen steht inzwischen für das Fehlen jeglichen Gestaltungswillens und jeglicher Vision von der Zukunft der Stadt. Die Stadt hat nicht nur keinen Plan, sie hat auch kein Konzept und ist deshalb notorisch auf die Ideen von Investoren angewiesen, die Stadtentwicklung über die Profiterwartung betreiben.

Foto: anandt / Pixabay

Nicht jede Idee eines privaten Investors muss schlecht sein, nicht einmal jedes Hochhaus ist von vornherein abzulehnen. Aber wenn daraus die Maxime von Stadtentwicklungspolitik wird, wird sie antidemokratisch, weil sie geldgetrieben ist und nicht als Ergebnis einer von der Stadtgesellschaft geführten Debatte zur Zukunft der Stadt steht.

> “ Essen steht inzwischen für das Fehlen jeglichen Gestaltungswillens und jeglicher Vision von der Zukunft der Stadt.

Wir fordern also, endlich wieder eine Idee von der Zukunft der Stadt, ihrem Gesicht, ihrer Gestalt zu entwickeln und in einem ergebnisoffenen Prozess der Diskussion zu stellen. Die Menschen in der Stadt haben das Recht, ihre Stadt selbst zu gestalten und nicht den Heilsbotschaften privater Investoren folgen zu müssen.

Verwaltung und Politik haben dafür die Grundlagen zu legen. Mit einem Innenstadtentwicklungskonzept, einem Gestaltungskonzept, einer gesamtstädtischen Vision unter Einbeziehung der regionalen Verflechtung der Stadt. Dazu zählt vor allem eine integrierte Planung, eine Planung also, die nicht einzelne Vorhaben in den Blick nimmt, sondern die unterschiedlichen Ebenen von Stadt- und Stadtteilentwicklung. Dazu zählen dann auch ein Versorgungs-, ein Mobilitäts-, ein Zentren-, ein Demografie- und auch ein Hochhauskonzept – um nur einige der zu verhandelnden Aspekte zu nennen.

Nichts von alledem gibt es in Essen. All die Farben, die in den vergangenen Jahren in der Verantwortung waren, haben da keinen Unterschied gemacht. Das bescheidene Ergebnis ist allerorten zu besichtigen.

Stefan Hochstadt ist Soziologe

Abschottung als Pathologie

Kann ein Mensch im modernen Kapitalismus ein gesundes Leben führen?

Kann ein Mensch im modernen Kapitalismus überhaupt ein gesundes Leben führen? Oder ist die Ursache für die psychischen Erkrankungen in der Gesellschaftsform zu finden?

Die folgenden Aphorismen werfen ein Licht auf die gesellschaftlich bedingten Pathologien des Individuums und regen zum Nachdenken an:

In meinem Handeln und Denken ist für mich nur von Belang, was mich unvermittelt als Person angeht. Das ist mein Körper, seine Bedürfnisse und wie ich ihn gestalte.

Für die meisten besteht Freiheit darin, das zu tun, was ihnen gesagt wird. In diesem Rahmen kreativ zu sein, erzeugt die Illusion des Schöpferischen. Aber der Schöpfer selbst ist schon verstümmelt.

Das Geld verwende ich zum Konsum. Es ist nie genug. Daher die endlose Freiheit, meine Arbeitskraft zu verkaufen.

Glücklich bin ich, wenn ich alles erfülle, was das Wort bedeutet. Die Bedeutung selbst hinterfrage ich nicht.

Ich bin nur ich. Aber das weiß ich nicht.

Mein Leben besteht darin, das zu tun, was zu tun ist.

Was ich will? Diese Sprache verstehe ich nicht.

Patrick Münch ist aktiv im Rosa-Luxemburg-Club

▶ Hast Du Anregungen, Lob oder Kritik?
Dann hinterlasse uns gerne einen Kommentar auf
www.essener-morgen.de

Kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

Einfach die QR-Codes mit dem Handy scannen und Infos erhalten.

www.hatz4.ruhr

www.ra-junker-online.de

Über das Erzählen, Moral und die Suche nach dem Ankommen

Jede:r von uns wird sie vermutlich kennen, die Geschichten aus 1001 Nacht, in denen Sheherazade Geschichten erzählt, damit König Schehrijâr, der jeden Tag eine neue Frau heiratet und nach der ersten gemeinsamen Nacht umbringt, nicht auch sie tötet.

Genau dieses Gefühl der Hast und des Getrieben Seins empfinden Leser:innen in Karosh Tahas Wenderoman Im Bauch der Königin, wenn Amal in einem atemlosen Stakkato davon berichtet, wie sie auf dem Schoß des Vaters immerzu die gleiche Geschichte erzählen muss, auch wenn es ihre ganz Persönliche ist und sie eigentlich schon viel zu groß für den Schoß des Vaters ist. Jedoch beschreibt der Roman der Essener Autorin, der 2020 im Dumont-Verlag erschienen ist, nicht nur Amals Perspektive auf eine Suche nach der eigenen Geschichte, sondern auch die von Raffiq, dem sich die Leser:innen nähern können, wenn sie das Buch von der anderen Seite beginnen. Der Roman ruft ungezwungen gesellschaftliche Diskurse auf und verhandelt diese selten direkt, aber immer pointiert. So ist die im Titel beschworene Königin in beiden Romanversionen symbolisiert durch Shahira, in der sich verschiedene Diskurse wie in einer Gießkanne sammeln und in einzelnen Strömen über die Leser:innen und Teile der Geschichte gegossen werden.

Einer der Diskurse, die in der Figur der Shahira aufgerufen werden, ist der um Frauenbilder und Moral: Auf der einen Seite ist sie die femme fatale, mit kurzen Röcken, einer lockeren Moral und einem Sinn für den Nutzen ihrer Freizügigkeit, andererseits ist sie liebende Mutter, fürsorglich, Geschichtenerzählerin. An ihr werden soziale Machtmechanismen reproduziert, wie an keinem anderen Charakter des Romans, weil sie alles ist: Unerreichter Traum, Hassfigur und Projektionsfläche für all die ungesagten Dinge, die auch weiterhin ungesagt bleiben müssen. Aber nicht nur werden gesellschaftliche Themen in diesem Roman aufgerufen, auch die intimsten Gedanken und Empfindungen der beiden Erzähler:innen werden einfühlsam verhandelt und tragen so dazu bei, Leser:innen vollkommen in die Welt des Geschehens eintauchen zu lassen. Beide Protagonist:innen sind in ihren ganz eigenen Geschichten auf der Suche nach dem Ankommen, dem Ergründen der eigenen Herkunft und dem Weitermachen nach dem Scheitern.

Karosh Taha schafft in Im Bauch der Königin eine wunderbare Symbiose aus Innen und Außen, aus Vergangenheit und Zukunft, aus Fremdheit und Dazugehören, ohne dabei pathetisch zu wirken. Absolute Leseempfehlung!

Sophie Schönberger ist Lehramtsstudentin.

Taschenspielertricks beim Wirtschaftsplan

Herbert Bußfeld über aktuelle Probleme der Sport- und Bäderbetriebe

Der beschlossene Haushaltsplan 2021 der Stadt Essen sah für die Sport- und Bäderbetriebe (SBE) einen Zuschuss von 23.750.000 Euro jährlich vor. Bei der letzten Haushaltsdebatte forderten wir als LINKE eine Erhöhung des Etats um 3 Mio. Euro – dies wurde abgelehnt.

Im Nachhinein stellte die Verwaltung und die Kämmerei aber fest, dass „auf Grund zwingender und bei Unabweisbarkeit von einzelnen Sachverhalten für eine ausreichende Bewirtschaftung“ den Sport- und Bäderbetrieben im Haushaltsjahr 2021 rund 2,2 Mio. Euro fehlen. Zur Deckung der von uns vorhergesagten Mehrbedarfe hat der Kämmerer der Stadt Essen den SBE zugesichert, dass die Veräußerungserlöse von 1 Mio. Euro durch Grundstückverkäufe ehemaliger Sportanlagen nicht an den Kernhaushalt gehen, sondern direkt im Wirtschaftsplan der SBE bleiben. Auch für die verbleibenden Mehrbedarfe in Höhe von 1,2 Mio. Euro hat der Kämmerer zugesichert, dass im Laufe des Haushaltsjahres 2021 Mittel überplanmäßig bereitgestellt werden sollen. Schon heute ist vorhersehbar, dass Löhne, Energiekosten usw. steigen werden. Um das zu wissen, muss man nicht Kämmerer oder Haushaltsexperte sein und um diesen Kostenanstieg wiederum auszugleichen, muss der Etat der SBE erhöht werden. Als LINKE ist uns dabei wichtig, dass die ohnehin schon klammen Vereine sowie Bürger:innen nicht durch höhere Gebühren und Eintrittsgelder belastet werden.

Kinder- und Jugendarbeit

Aus diesem Grund haben wir auch neulich einen Antrag im Sportausschuss eingebracht, dass die Förderrichtlinie geändert werden soll und eine Erhöhung der Zuschüsse für die sportliche Jugendarbeit von 7,50€ auf 10€ pro Kind erfolgen soll. Seit dem Jahr 2000 sind die Zuschüsse schon nicht mehr erhöht worden. Allerdings sind die finanziellen Belastungen der Sportvereine in den zurückliegenden 20 Jahren in allen Bereichen gestiegen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden und die Herausforderungen der heutigen Kinder- und Jugendarbeit – die durch die Corona-Pandemie nicht kleiner geworden sind – bewältigen zu können, ist eine Erhöhung dringend erforderlich..

Foto: Comfreak / Pixabay

Dauerthema Grugabad

Seit Jahren fordern wir als LINKE, dass das Grugabad erhalten und unter Denkmalschutz zu stellen ist. Mit Bescheid vom 8. September 2020 ist dies nun Realität geworden. Das beliebteste Bad der Essener:innen soll generalsaniert und unter Berücksichtigung des Ideenwettbewerbs „Zukunft Grugabad“ sowie den Vorgaben des Denkmalschutzes zu einem Ganzjahresbad weiterentwickelt werden. Die europaweite Ausschreibung ist mittlerweile beendet und die Beauftragung zur Sanierung und Neugestaltung vergeben. Der grobgeschätzte Gesamtpreis für die Baumaßnahme beträgt ca. 58 Mio. Euro. Im Juni 2022 soll der Baubeginn erfolgen und die geplante Fertigstellung im Juli 2025 vollzogen sein.

Herbert Bußfeld ist jahrelanges Mitglied im Ausschuss für die Sport- und Bäderbetriebe für DIE LINKE.

Neues aus dem Rat

Warum der Spender-Mangel zu Teilen ein hausgemachtes Problem ist

Die vergangene Ratssitzung am 24.02. war debattenreich und die erste, bei der sich die neue GrüKo (Koaliton aus CDU und Grünen) deutlich inhaltlich zu profilieren suchte. Auch als Linksfraktion haben wir versucht, uns konstruktiv einzubringen. Von unseren Anträgen wurde allerdings keiner beschlossen - zwei sind zur Beratung in die Fachausschüsse geschoben worden und werden zu einem anderen Zeitpunkt behandelt.

Corona

Der Antrag der Linksfraktion auf eine **Liquiditätsüberbrückung** wurde breit diskutiert. Hierbei sollte es darum gehen, die finanziellen Lücken in den Betrieben zu schließen, die zwar eine Zusage für Coronahilfen von Bundesebene haben, diese aber seit Monaten nicht bekommen. Entsprechend wäre das Geld bei Eintreffen der Coronahilfen zurückzuzahlen gewesen. Auch schlug unser Fraktionsvorsitzende Daniel Kerekeš vor, den Antrag als einen ersten Aufschlag zu betrachten, wie der Stadtrat gemeinsam neue und kreative Möglichkeiten finden kann, um den Betrieben zu helfen. Bei CDU, Grünen, FDP und EBB traf das aber scheinbar auf taube Ohren. Vor allem bestanden rechtliche Bedenken, da die Gemeindeordnung NRW nur die Vergabe von städtischen Krediten an ebenfalls städtische Unternehmen vorsieht. Die Krise sei ernst, man wolle aber die Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene nicht aus der Verantwortung nehmen, so die Grünen. Die CDU verwies auf Maßnahmen, die bereits vonseiten der Stadt er-griffen worden waren, wie etwa dem Herabsetzen der Gewerbesteuervorauszahlung. Viel Kritik, wenig Ideen, was man tun könnte. Das sah auch die SPD so und stimmte dem Antrag gemeinsam mit der Linksfraktion zu, was für eine Mehrheit aber nicht ausreichte.

Außerdem wurde der zweite **Corona Sonderfonds Kultur** beschlossen. DIE LINKE. Im Rat der Stadt Essen beantragte dazu eine Aufstockung des Fonds mit den Einnahmen, die aus den Verstößen gegen die Coronaschutzverordnung eingenommen werden. Dieser Ergänzungsantrag wurde abgelehnt, obwohl auch andere Städte dieses Verfahren bereits anwenden.

Einen neuen Sachstand gibt es außerdem in der **Verteilung digitaler Endgeräte** für Schüler:innen: 14.000 von 19.000 bedürftigen Kindern und Jugendlichen haben ein Endgerät zum coronabedingten Distanzunterricht erhalten.

Gesundheit

Eine weitere große und notwendige Debatte wusste die GrüKo zu verhindern: Der Tagesordnungspunkt zur **Gesundheitsversorgung im Essener Norden** wurde bereits zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen. Auch die als Reaktion durch die SPD beantragte Aktuelle Stunde zu dem Thema wurde abgelehnt. Durch den Tod einer 77jährigen, die am Philippusstift wegen Bettenmangels abgewiesen wurde, hatte das Thema an Relevanz gewonnen. Mutmaßlich hing dieser Tod auch mit der geschwächten Gesundheitsinfrastruktur im Essener Norden zusammen, nachdem das Marienhospital und das St. Vincenz im vergangenen Jahr geschlossen wurden. In der Ratssitzung im März wird diese Debatte dann aber zu führen sein.

Klima und Stadtplanung

Auch beim Antrag der Linksfraktion zum **Erhalt der Villa Ruhnau** in Kettwig machte die GrüKo keine gute Form. Statt alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den teilweisen Abriss eines historischen Gebäudes, Baumfällungen und großflächige Versiegelung zu verhindern, versteckte man sich lieber hinter dem „Erfolg“, dass die Teile der Villa, die vor 1920 entstanden, erhalten bleiben würden.

Besonders ärgerlich ist diese Einschätzung angesichts der Pläne des Investors: 40 Eigentumswohnungen und 90 Stellplätze in einer Tiefgarage sollen dort entstehen - also mehr als zwei Autos pro Familie. Luxusbebauung und Versiegelung sind Dinge, von denen wir in Essen bereits genug haben. Das Gebäude ist außerdem mit dem Stadtteil Kettwig eng verbunden, diente es doch bereits als Kinderkrankenhaus, Ärztehaus und auch Galerie. Ein Einbezug der Ideen und Wünsche der Bürger:innen vor Ort wäre hier notwendig gewesen. Die GrüKo lehnte den Antrag bei Zustimmung von LINKE, die PARTEI, Tierschutzpartei, SPD und EBB ab. „Grün“ sieht anders aus...

Sport

Große Einigkeit herrschte dagegen beim Beschluss zur Bewerbung für World University Games, auch **Universiade** genannt. Hierbei handelt es sich um einen Wettkampf in unterschiedlichen Sportarten, bei dem Wettkampf und wissenschaftlicher Austausch miteinander verknüpft werden. Die Universiade ist zudem die zweitgrößte Multisportveranstaltung nach den Olympischen Sommerspielen.

Heike Kretschmer begrüßte eine Bewerbung für DIE LINKE. im Rat der Stadt, machte aber auch deutlich, dass eine Universiade nicht als Testlauf für Olympia 2032 gelten darf.

Ordnung und Sauberkeit

Für eine lebhafte Debatte sorgte der Antrag der GrüKo zu einer **Graffiti-Taskforce**. Der Hinweis von Daniel Kerekeš, dass es neben der Reinigung illegaler Graffiti auch die Schaffung von Flächen für freies Sprayen braucht und diese in Zusammenarbeit mit der freien Kunstszene und Jugendlichen gefunden werden sollten, wurde uminterpretiert in ein Plädoyer für Sachbeschädigung. Dabei benötigen Menschen, die Interesse am Sprayen haben, freie Übungsflächen, gerade wenn Schmierereien verhindert werden wollen. Auch über die Bedeutung von Graffiti wurde gestritten. So wurden „Graffiti“ aus der Antike angeführt, um den historischen Wert und deren „ewiges Vorhandensein“ aufzuzeigen. Vielleicht ist die Existenz von Graffiti über Jahrtausende hinweg nicht anderes als der Wunsch, bleibende Spuren zu hinterlassen? Diese philosophische Frage, konnte und wollte der Stadtrat nicht beantworten. Der Antrag der GrüKo wurde angenommen, die Änderungsanträge abgelehnt.

Theresa Brücker ist Fraktionsvize für DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen

Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite
www.essener-morgen.de

Laschet legt Versammlungs-Verhinderungsgesetz vor

Die schwarz-gelbe Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Armin Laschet hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher der Versammlungsfreiheit schweren Schaden zufügen wird.

Militanzverbot

Das so genannte Militanzverbot in § 18 des Entwurfs ist ein offenes Einfallstor für die Verhinderung von jeder dem Staat unwillkommenen Versammlung. Darin heißt es nämlich, es sei verboten, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel zu veranstalten, zu leiten oder an ihr teilzunehmen, wenn diese infolge des äußeren Erscheinungsbildes 1. durch das Tragen von Uniformen, Uniformteilen oder uniformähnlichen Kleidungsstücken, 2. durch ein paramilitärisches Auftreten oder 3. in vergleichbarer Weise Gewaltbereitschaft vermittelt und dadurch einschüchternd wirkt.

Die Polizei wird hier je nach Auffassung der jeweiligen Einsatzleitung ein offenes Spielfeld zum Agieren haben. Dabei sollen nicht nur diejenigen, die ein vermeintlich einschüchterndes Kleidungsstück zu einer Versammlung tragen von Maßnahmen betroffen sein, nein, die gesamte Veranstaltung könnte deswegen verboten werden. Eine Kleiderordnung durch die Landesregierung bzw. die Polizei zur Ausübung des Versammlungsrechts ist ein Skandal. Sie wird nicht nur gegen rechte Aufzüge in Stellung gebracht, wie der Innenminister in Verlautbarungen aus Medien betont. Auch die Proteste von Ende Gelände in Schutzanzügen könnten Verbotsziele wer´den.

Blockadeverbot

Das so genannte Störungsverbot in § 7 kommt abstrakt daher, aber räumt Faschist:innen faktisch die Straße frei. Es zielt darauf ab, Blockaden zu kriminalisieren. Solche friedlichen Blockaden sind bekanntlich ein Mittel vieler Antifaschist:innen gegen Naziaufmärsche. Aber Gegendemonstrationen und auch friedliche Blockaden sind legitime Protestformen gegen Nazis und Teil des Versammlungsrecht in Artikel 8 Grundgesetz.

Videoüberwachung

Mehr Möglichkeiten soll die Polizei auch bei der Aufnahme von Bildern und Videos von Versammlungen bekommen. Hier existiert bisher eine restriktive Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes NRW, die in der Videoüberwachung einen erheblichen Eingriff in die Versammlungsfreiheit sieht: „Wer damit rechnet, dass die Teilnahme an einer Versammlung behördlich registriert wird und dass ihm dadurch persönliche Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf die Ausübung seines Grundrechts verzichten.“

Daher stellt das OVG NRW hohe Anforderungen an die polizeiliche Videoüberwachung von Versammlungen. Durch den geplanten § 16 des NRW-Versammlungsgesetzes ist aber bereits die präventive Videoüberwachung möglich, wenn die Polizei annimmt, dass von der Versammlung „erhebliche Gefahren“ ausgehen. Bedeutet: Selbst wenn noch nichts geschehen ist, darf die Polizei filmen, wenn aus ihrer Sicht eine Wahrscheinlichkeit für den Schaden an einem bedeutsamen Rechtsgut (etwa Leben und Gesundheit) besteht.

> “ Auch die Proteste von Ende Gelände in Schutzanzügen könnten Verbotsziele werden.

Pflichten, Pflichten und nochmals Pflichten für Grundrechtsausübung

Die Polizei kann vom Veranstalter einer Versammlung gemäß § 12 Abs. 2 eine Liste mit Nennung der Namen und Adressen möglichen Ordner:innen verlangen. Das ist eine staatliche Dokumentation von ihre Grundrechte ausübenden Bürger:innen, wie es sich totalitäre Staaten träumen. Wer sich weigert, solch eine Liste zu liefern, handelt ordnungswidrig (§ 28). Hier wird ein Abschreckungsszenario sondergleichen geschaffen.

Noch einen setzt der Entwurf drauf, wenn es eine Quasi-Verweigerung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit in § 12 einführen will. Mit völlig vagen Rechtsbegriffen wird Behörden vorbehalten, Veranstalter:innen für ungeeignet „ablehnen“ zu können. Man muss dazu wissen, dass das Recht auf Ausübung der Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 Grundgesetz genehmigungsfrei zu gewähren ist. Ein Ablehnungsrecht von Veranstalter:innen ist nichts anderes, als diese Genehmigungsfreiheit völlig ins Absurde umzukehren. Schließlich kommt hinzu, dass Anmeldungen nur noch schriftlich und 48 Stunden im Voraus mit zahlreichen Angaben erfolgen dürfen (§ 10).

Fazit

Der Entwurf des neuen Versammlungsgesetzes von schwarz-gelb ist ein versammlungsfeindliches Sammelsurium von Eingriffen in das Versammlungsrecht, das aufzeigt, wie lästig diese Landesregierung verfassungsrechtlich verbriefte und elementare Grundrechte ihrer Bürger:innen erachtet. Es sieht ausschließlich Einschränkungen vor und nur vermeintliche Erweiterungen. So ist die vorgesehene Möglichkeit der Demonstration nach § 21 auf privaten Flächen, die bloße Wiedergabe der seit der sog. Fraport-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts längst zulässigen Protestform. Es ist erschreckend, welchen Umgang schwarz-gelb mit Bürgerrechten pflegt und an elementaren Grundrechten für die Demokratie während einer globalen Pandemie rumdoktert. Dieses Versammlungsverhinderungsgesetz darf nicht verabschiedet werden!

Foto: MARUT RAHMAN / Pixabay

Niema Movassat ist Jurist & Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE.

Zum 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg würde am 05.03.2021 ihren 150. Geburtstag feiern. Für uns Grund genug, auf ihr Werk zurückzublicken. Gerade durch die zeitliche Nähe ihres Geburtstags zum Frauenkampftag am 08.03. lohnt es sich, ihren Kampf für die Rechte der Frauen zu betrachten. Sie selbst hat das allgemeine Frauenwahlrecht in Deutschland nur kurze Zeit erlebt. Denn sie wurde knapp zwei Monate nach der Einführung von rechten Freikorps ermordet. Sie hat die Relevanz des Frauenwahlrechts für die Gesellschaft und für den Fortschritt frühzeitig erkannt und hat so in ihrem Aufsatz "Frauenwahlrecht und Klassenkampf" von 1912 die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts für die Überwindung des Kapitalismus deutlich gemacht.

"Einer der ersten großen Verkünder der sozialistischen Ideale, der Franzose Charles Fourier, hat vor hundert Jahren die denkwürdigen Worte geschrieben: In jeder Gesellschaft ist der Grad der weiblichen Emanzipation (Freiheit) das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation. Das stimmt vollkommen für die heutige Gesellschaft. Der jetzige Massenkampf um die politische Gleichberechtigung der Frau ist nur eine Äußerung und ein Teil des allgemeinen Befreiungskampfes des Proletariats, und darin liegt gerade seine Kraft und seine Zukunft. Das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht der Frauen würde - dank dem weiblichen Proletariat - den proletarischen Klassenkampf ungeheuer vorwärtstreiben und verschärfen. Deshalb verabscheut und fürchtet die bürgerliche Gesellschaft das Frauenwahlrecht, und deshalb wollen und werden wir es erringen. Auch durch den Kampf um das Frauenwahlrecht wollen wir die Stunde beschleunigen, wo die heutige Gesellschaft unter den Hammerschlägen des revolutionären Proletariats in Trümmer stürzt."

Wir bleiben in Kontakt

www.dielinke-essen.de

www.essener-morgen.de

facebook.com/dielinke-essen

instagram.com/linkeessen

DIE LINKE. Essen

twitter.com/linkeessen

- ☐ Bitte schickt mir weitere Informationen.
- ☐ Ich will Mitglied der LINKEN werden.
- ☐ Ich will im Wahlkampf unterstützen.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIELINKE in ihrer Geschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet.Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter **www.die-linke.de/datenschutz**

Bitte einsenden an:
DIE LINKE, Severinstr. 1. 45127 Essen
oder online unter www.dielinke-essen.de

Mitmachen

Wir brauchen Dich!
Gemeinsam werden wir unsere Forderungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu den Menschen bringen und im eigenen Kiez, im Betrieb oder im Kleingartenverein das Gesicht der LINKEN sein.
Hilf uns dabei, stärker zu werden und motiviere andere, mitzumachen. Melde Dich an und lade Freund:innen und Bekannte ein, DIE LINKE zu unterstützen.

dielinke-essen.de/mitmachen/

Impressum: Kreisverband DIE LINKE. Essen
Severinstr. 1, 45127 Essen, Tel. 0201/89077790
Essener-morgen@die-linke.de, www.essener-morgen.de

ViSdP Ralf Fischer
Redaktionsschluss: 15. Februar 2021
Layout: Marvin Jansen
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH